

Der Artikel ist am Freitag 21. Februar 2003 auf der Seite "04 Politik4" erschienen.

Lkw bezahlten nur eine Mini-Maut

Von MARKUS SCHRAMEK

Die Lkw-Branche macht gegen die Brennermaut mobil. 49 Fahrer weigerten sich, die volle Maut zu bezahlen. Sie rollten dennoch weiter.

SCHÖNBERG. 27. Oktober 2002, Hauptmautstelle Schönberg der Brennerautobahn, nach 22 Uhr: 49 Lkw rollen im Konvoi zum Mautinkasso. 151 Euro hätte jedes der schweren Vehikel zu berappen. Denn nachts ist für Lkw Maut in doppelter Höhe fällig. Doch die Fahrer weigern sich, den vollen Betrag zu bezahlen. Nur 35 Euro sei man gewillt zu bezahlen, erklären sie den verdutzten Mautnern.

Es folgen Beratungen. Die Daten der Fahrer werden aufgenommen. Schließlich entscheidet sich der Mautbetreiber, die Alpenstraßen AG, für folgende Vorgangsweise: Die Lkw dürfen die Fahrt fortsetzen - ohne Bezahlung. Die Maut soll auf dem Bankweg kassiert werden. Die betroffenen Transportunternehmen erhalten Zahlscheine zugeschickt.

Zahlschein statt Cash

Bezahlt wurden bis zum heutigen Tag jedoch nur 35 Euro je Lkw. „Und wir bezahlen auch keinen Cent mehr“, sagt Bernhard Haid. Er ist Anwalt und Sprecher jener Organisation, die hinter der Aktion des Oktobers steht: das Transportforum. Unter diesem Namen haben sich 19 Tiroler Spediteure zusammengefunden. Gemeinsam gehen sie, wie Haid es formuliert, „gegen die Husch-Pfusch-Aktionen der Behörden vor“, die der Lkw-Branche das Leben schwer machen würden. Die Namensähnlichkeit zum Transitforum, dem inhaltlichen Gegenpol, sei „rein zufällig“, sagt Haid mit einem Lächeln.

Mit der Aktion vom Brenner wollen Haid und Co. Druck auf die Senkung der Brennermaut machen. In einem Urteil vom Herbst 2000 hatte nämlich der Europäische Gerichtshof die Lkw-Maut für viel zu hoch erklärt. Reduziert wurde der Tarif aber nur leicht, trotz einer neuen Klagsdrohung durch die EU-Kommission (die von Kommissarin Palacio erst kürzlich wieder abgeschwächt wurde).

„Die von uns angebotenen 35 Euro halten wir für angemessen“, sagt Haid. Er betont, dass keiner der 49 Billigfahrer vom Oktober belangt worden sei: „Eine Klage würde die Alpenstraßen AG wegen des EuGH-Urteils nicht riskieren.“ Der Chef der Alpenstraßen AG, Klaus Fink, kommentiert die Angelegenheit knapp. Es sei für ihn „nicht nachvollziehbar“, wie man gesetzlich verordnete Tarife „einfach nicht bezahlen“ könne. Es würde noch beraten, wie man mit den Fällen umgeht.

Anwalt Haid hat indes die nächsten Geschützte in Stellung gebracht. Das Lkw-Nachfahrverbot im Unterland wird beim Höchstgericht beeinsprucht. Gegen das vom Land geplante Verbot bestimmter Lkw-Transporte will er ebenfalls höchstgerichtlich vorgehen.

Kammer tut nichts

Haid sieht das Transportforum als Folge des „Nichthandelns der Wirtschaftskammer“. Diese sei „viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt“. Haid's Kanzlei erhält für jeden der 900 Lkw des Transportforums „einen Pauschalbetrag“. Der Anwalt vertritt die Unternehmen dafür u.a. bei Einsprüchen gegen Strafbescheide. „Drei Viertel der Verfahren gegen unsere Klienten wurden eingestellt“, sagt Haid nicht ohne Stolz.

Nur 35 statt 151 Euro bezahlten einige Dutzend Lkw-Fahrer für eine Brennerfahrt im Oktober. Und vorerst sind sie damit auch durchgekommen.